

Der Vogtlandbote

[links]

[alternativ]

25. Jahrgang Nr. 7/2017

Zeitschrift der Partei DIE LINKE im Vogtland

Spendenempfehlung: 1,- €



VON EINEM DER NIE SCHWIEG - STEFAN HEYM

Lesung in der Kapelle Neuensalz

Stefan Heym hielt das lange Schweigen für einen der Gründe fürchterlicher Ereignisse, welche die Geschichte Europas prägten. Daraus zog er für sich die Konsequenz, dass er nie mehr schweigen wollte.

Die Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag wollte herausfinden, welche Schlussfolgerungen die Menschen heute aus den Werken Heyms ziehen. Aus diesem Grund organisierte die Fraktion eine Reihe von Lesungen mit den Schauspielern Annette Richter, Franz Sodann (MdL) und Peter Sodann. Diese Veranstaltungsreihe machte am 08. Juni Halt in der gut gefüllten Kapelle Neuensalz.

Heyms Leben war geprägt von Gegen-

sätzen, aber zugleich auch von klaren Überzeugungen. So trat er in den 1950er Jahren aus der US-Armee aus und gab seine im 2. Weltkrieg erhaltene „Bronze Star Medal“ zurück, da er diese durch den Korea-Krieg als entehrt ansah.

Während seiner Zeit als Schriftsteller in der DDR war er anfangs davon überzeugt, dass die Teilung Europas hilfreich für dessen Fortschritt sei. 1989 unterzeichnete er dann den Aufruf „Für unser Land“, weil er die politische und wirtschaftliche Vereinnahmung der DDR fürchtete. Vier Jahre später eröffnete er als Alterspräsident für die PDS die Legislatur des deutschen Bundestages. Er war nie Mitglied einer Partei (auch nicht der SED) und mus-

ste sich trotzdem die Anfeindungen der anderen Fraktionen im Bundestag und ehemaliger Wegbegleiter gefallen lassen.

Stefan Heym tat auch als Abgeordneter das, was er schon immer getan hatte: Er schwieg nie.

Nach einer Stunde kurzweiliger und lebendiger Lesung endete diese mit den Worten Heyms: „Mein Wort ist noch da, die Kraft meiner Sprache.“

Die anschließende Diskussion wurde kurzerhand ins Freie verlegt und führte neben interessanten Gesprächen auch zu viel berechtigtem Lob für die Künstler.

Lars Legath

aus dem
Inhalt:

Straßenfest in Falkenstein.....	S. 2
Wahlprogramm beschlossen.....	S. 3
Müll im Kreistag.....	S. 4
Briefe.....	S. 7

www.dielinke-vogtland.de

DIE LINKE.

KURZE WEGE FÜR KURZE BEINE!

In der Oberschule in Pausa liegen aktuell 37 Anmeldungen für die fünfte Klasse vor. In Sachsen bedeutet das, dass nicht alle Schüler angenommen werden dürfen, da genau drei Schüler fehlen, um Gesetzeskonform zwei Klassen zu eröffnen. Die Zweizügigkeit ist bei derzeitigem Klassenteiler damit nicht mehr möglich.

Maik Schwarz, Bundestagskandidat der LINKEN, findet das unmöglich und erklärt: „Die Ereignisse um die Einschulung der Fünftklässler in Pausa sind Sinnbild für die verfehlte Bildungspolitik der sächsischen Landesregierung. Über Jahre hinweg wurden Lehrerstellen gestrichen. Einmal auf Kante genäht, lässt das Bildungssystem dann kaum noch Abweichungen von einem starren Normbild zu. In Pausa wird das nun deutlich.“

Festgelegt ist, dass es keine Schulklassen unter 20 bzw. über 28 Schülern geben soll. Dass die Realität mit 37 Anmeldungen aber eben auch mal anders aussehen kann, wurde dabei nicht berücksichtigt. Denn für zwei Klassen á 20 Kindern reicht das nicht und für eine ist es zu viel. Die Lösung innerhalb der Regelungen sieht nun so aus, dass Schüler, die gern in Pausa zur Schule gehen wollten, nicht angenommen werden. Wie es zuletzt hieß, entscheidet in manchen Fällen ein Los.

Die traurige Folge daraus ist, Freundschaften, die sich in der Grundschule schon gebildet haben, werden zerrissen, und die Schüler müssen zum Teil weitere Schulwege in Kauf nehmen. Ein Blick nach Thüringen zeigt, wie es anders gehen kann. Dort entscheidet die Schule in eigener pädagogischer Verantwortung über die Bildung von Klassen. Die Bildungsagentur fordere ich diesbezüglich auf, eine Ausnahmeregelung zu erteilen und zwei kleinere Klassen mit 15 bis 20 Schülern zu genehmigen. Auch mit dem neuen Schulgesetz wurde für den ländlichen Raum keine Verbesserung geschaffen. Die Landesregierung muss endlich umdenken und unsere Schulen im ländlichen Raum stärken.“

DIE LINKE ZUM STRAßENFEST IN FALKENSTEIN



lange Schlangen an der Zuckerwattemaschine

Von 12:00 Uhr am Mittag bis nach Mitternacht hat Falkenstein Straßenfest gefeiert. Zum 25. Jubiläum waren wir dabei! Um 10:00 Uhr trafen André mit Freundin, Janina und Jan, Anni und Lars sowie Kai in Falkenstein ein. Geübt im Straßenwahlkampf wurde der Pavillon aufgestellt, zwei Stände hergerichtet, die Zuckerwattemaschine betriebsbereit gemacht und das Büchsenwerfen vorbereitet.

Schon vor der offiziellen Eröffnung um 12:00 Uhr waren wir startklar. Wir freuten uns über den enormen Zuspruch von Besuchern, unter denen auch einige unserer Mitglieder waren. Ursula und Volker Mieth besetzten einen Stand und sammelten Unterschriften für den Erhalt des Brunner Bades, mit großem Erfolg. Janina besetzte den zweiten Stand der ebenfalls gut besucht wurde nicht nur wegen den Werbeartikel, es kam zu sachlichen

Gesprächen von der Kommunal- über die Landes- bis hin zur Bundespolitik..

Viel zu tun gab es beim Büchsen-schießen, aber der Renner war unsere Zuckerwatte, die wir kostenlos abgaben. Zweimal mussten Zucker und Spieße nachgeordert werden.

Es war ein sehr guter Auftritt unserer Partei. Ich möchte mich ganz herzlich bei den Beteiligten bedanken und alle Mitstreiter, die in ihrem Verantwortungsbereich in die Öffentlichkeit gehen wollen, ermutigen, ihre Vorhaben mit dem Kreisvorstand abzusprechen. Die Unterstützung ist euch gewiss. Das hat mir der Samstag in Falkenstein erneut gezeigt.

Nochmals danke an Janina und ihre Truppe für den tollen Tag in Falkenstein!

Steiniger Rolf



BUNDESPARTEITAG IN HANNOVER

Wiedereinmal nur zu dritt, da ein Delegierter wegen Krankheit und ein Delegierter wegen anderer Termine absagen mußten. Zwingend heißt das—wir müssen mehr Kandidaten aufstellen, um Reserven zu haben.

Der Parteitag in Hannover war geprägt durch sehr viel Arbeit und Hände zur Abstimmung heben.

Es ist wunderbar, wenn viele Genossen das Wahlprogramm in seiner Gänze gelesen haben und Veränderungen einbringen. Das bedeutet für die Antragskommission eine erhebliche Vorarbeit. Dadurch blieben „nur“ noch 158 Anträge zur Abarbeitung.

Der Vortrag durch die Antragskommission war klar und verständlich und allen Genossen dafür ein großes Dankeschön.

Für mich gab es einen wesentlichen Unterschied zum Parteitag in Göttin-

gen. Wir haben es geschafft von einem Hauen und Stechen zu einer sachlichen Arbeitsweise zu finden.

Viele Antragsteller haben Kompromissbereitschaft bewiesen und manchmal gab es auch Überraschungen, wie bei der Übernahme des Wortes Frieden in unsere Überschrift. Da gehört es hin. Es zeigt sofort unser Alleinstellungsmerkmal an. Eine gute Reaktion des Parteivorstandes bei der Einführung, und so heißt es nun

SOZIAL. GERECHT. FRIEDEN. FÜR ALLE.
Die Vorstellung unserer Spitzenkandidaten belebte den PT und zeigte unser Potential.

Begrüßt habe ich die klare Ansage von Sahra, dass nicht die Frage eines Mitregierens im Vordergrund steht, sondern der Kampf gegen „Raute“ und „Zottelbart“ und deren neoliberale Politik - für eine Politik des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit.

Begeisternd auch die kulturellen Einlagen mit Klezmermusik und Liedern u.a. von Eisler.

Die wechselnden Versammlungsleitungen haben sich alle sehr gut vorbereitet und haben mit ihrem Können, Einfühlungsvermögen und Sachlichkeit für eine gute Streitkultur gesorgt.

Neu war für mich die elektronische Abstimmung. Technik die begeistert, da eine wesentliche Zeitersparnis dabei rausgesprungen ist. Wobei Zeit auf einem Parteitag immer Mangelware ist.

Sigrid Mann



Bundesparteitag DIE LINKE am 10. Juni 2017 in Hannover

KREISTAG KAUFTE DIE KATZE IM SACK

Am 15.06.2017 wurden im Kreistag weitreichende Änderungen für alle Vogtländerinnen und Vogtländer beschlossen, genauer gesagt für Alle, die eine Mülltonne besitzen.

Beschlossen wurde eine neue Abfallsatzung, jedoch keine dazugehörige Gebührenordnung. Damit steht jetzt fest, wie im Vogtland in Zukunft Müll entsorgt werden muss, allerdings nicht, was es die Bürgerinnen und Bürger kosten wird.

„DIE LINKE hat in der Kreistagssitzung einen Antrag zur Absetzung des Beschlusentwurfes gestellt, weil eben keine Gebührensatzung vorlag. Die Mehrheit der Kreisräte haben dies jedoch nicht mitgetragen. Trotz der vielen Unbekannten hatte die übergroße Mehrheit der Kreisräte aus CDU und ihre Mehrheitsbeschafferinnen aus SPD und FDP, der neuen Abfallsatzung zugestimmt. In der Diskussion hatte man den Eindruck, dass es noch im-

mer eine Spaltung zwischen Plauen und dem Vogtlandkreis gibt, sowie dass es anscheinend vielen Kreisräten egal war, was diese Satzung an Mehrkosten für die Gebührenzahler bringt. Hauptsache vom Tisch, da es manchen schon zu den Ohren rausging.

Auch wenn Dezernent Beck beteuerte, es wird zu keiner Gebührensatzung kommen - eins steht jetzt schon fest: es wird mit Sicherheit teurer. Aber das wollen CDU und SPD ihren Wählerinnen und Wählern erst nach der Wahl schwarz auf weiß geben. Die Beratungen über die neue Gebührensatzung sollen nämlich erst nach der Sommerpause beginnen,“ so Kreisrat Henry Ruß.

Lange war es für viele Haushalte erklärtes Ziel, so wenig Müll wie möglich zu produzieren.

„Mit Abfallvermeidung hat die neue

Abfallsatzung nicht mehr viel zu tun. Da in Zukunft genau kontrolliert werden soll, dass auch jeder Grundstückseigentümer vier Mal im Jahr seine Mülltonne leer lässt. Es ist eher wahrscheinlich, dass hier halbvolle Restmülltonnen vor den Türen landen. Die meisten unserer Bürgerinnen und Bürger auf den Dörfern haben durch Mülltrennung und Kompostierung nicht mal annähernd soviel Müll für die Tonne. Weil die Restmülltonne in Zukunft sowieso vier Mal bezahlt werden muss, regt diese Regelung dazu an, soviel wie möglich in die Tonne zu schmeißen.

Abschließend kann aber festgestellt werden, dass Transparenz anscheinend für den Vogtlandkreis ein Fremdwort ist, denn diese Abfallsatzung ist ein Paradebeispiel für Intransparenz. Es ist nur zu hoffen, dass die Wählerinnen und Wähler die CDU und SPD, dafür nicht noch mit einer Wählerstimme bei der nächsten Wahl belohnen.“, so Kreisrätin Janina Pfau.

SACHSENTOUR DER LAG HARTZ IV IN PLAUEN

Aktion vor Jobcentern - Mindestsicherung, Mindestlohn, Mindestrente und Mietpreisbremse

Großes Interesse bei den Passanten bestand zum Thema „Mindestsicherung“. Wobei hier sehr schnell feststand, dass wir klären mussten, dass es sich bei unseren Forderungen nicht um das bedingungslose Grundeinkommen handelt, sondern einfach nur um die sanktionsfreie Mindestsicherung von 1050 €. Hierin besteht großer Aufklärungsbedarf!

Wir haben, nicht nur dank Kaffee und Keksen Kontakte zu Betroffenen geknüpft, die dringend sozialberatende Hilfe benötigten, und zu Menschen, die einfach nur mitmachen wollen und uns unterstützen möchten. Nein, es war auch die ergreifende Situation, die bei Vorbeikommenden reges, überwiegend positives Interesse hervorrief. Die aufmerksame und strenge Überwachung durch den Sicherheitsdienst des Jobcenters und der Agentur für Arbeit und die ständige Präsenz der Polizei rund um das Jobcenter mit einem Aufgebot von mindestens drei Streifenwagen entging den Passanten nicht.

Gefreut haben wir uns sehr, dass sich unser Maik Schwarz und Janina Pfau für uns Zeit genommen haben und an unserem Infostand vorbeischaute. Auch die anderen Kandidaten für den Bundestag aus dem Vogtland mussten uns gesehen haben, denn zeitgleich mit unserer Veranstaltung hatten all diese einen Termin bei der Agentur für Arbeit, die unserem Aktionsort direkt gegenüber war.



Kathrin Kosche

Waldemar Strjukov (Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE Vogtland) kam ebenfalls zum Fachsimpeln an unseren Infostand.

AUFRUF ZUM PROTEST GEGEN BESCHLUSS ZUM MÜLL!

In einer sehr gut besuchten öffentlichen Bürger- und Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Treuen-Lengsfeld konnten wir zwei ausgesprochen „Kenner“ der „Müllszene“ im Vogtland begrüßen. Andrea Roth als langjährige Landtags- und Kreistagabgeordnete sowie sachsenweite Beraterin zahlreicher örtlicher Bürgerinitiativen sowie das Mitglied des Abfallwirtschaftsausschusses, Kreisrat Henry Ruß, informierten die Anwesenden zunächst über die Entwicklung der Problematik bis zum heutigen Stand. In der anschließenden lebhaften Aussprache, in der fast alle Anwesenden zu Wort kamen, wurde unser Unverständnis zur Mehrheitsentscheidung des Kreirates vom 15.06. über eine Abfallsatzung ohne jegliche Angaben für künftige finanzielle Belastungen der Bürger zum Ausdruck gebracht. Kritisiert wurden die im Dezember 2016 beschlossenen und ab Januar 2017 gültigen Gebührenerhöhungen. Die Verantwortlichen im Kreis sollten umgehend Zahlen vorlegen, welche Auswirkungen diese Preissteigerungen hatten. Vermutet wird, dass viele Haushalte nun seltener die Abfalltonne zur Abholung stellen, somit die Entsorgungsfahrzeuge – um ausgelastet zu sein – größere Touren fahren könnten. Kritisiert wird eine Auskunft der Landesbehörde, wonach es gesetzliche Pflicht sei, dass es nur ein einheitliches Entsorgungsgebiet geben darf. Wie lange schon und noch bestehen im Bereich Abwasserentsorgung im Vogtland drei verschiedene Gebührenggebiete?

Es gilt für unsere Kreistagsfraktion genaue Antworten auf folgende Fragen einzufordern:

Wurden Erfahrungen und Wissen aus anderen Landkreisen vor Erstellung eines Beschlussvorschlages für die Konzeption eingeholt?

Sind dort die Kosten für eine Nachsorge bei Deponiesanierung in der Gesamtkosten-Kalkulation enthalten?

Warum gibt es im Vogtlandkreis keine bürgernahen Wertstoffhöfe? Welche Einnahmen erzielen der Landkreis bzw. die Entsorgungsunternehmen für den Verkauf aus den Leerungen der Container für Glas-, Papier- und Metallabgabe durch die Bevölkerung bzw. direkt als Ergebnis nach der mechanisch-biologischen Trennung in der kreiseigenen Anlage in Oelsnitz?

Wie sollen in der künftigen Gebührensatzung die Prinzipien des Abfallwirtschaft-Kreislaufgesetzes, der 2008 von der EU verabschiedeten Abfall-Rahmenrichtlinie und des Kommunalabgaben-Gesetzes realisiert werden?

Falls eine flächendeckende Einführung einer Bio-Tonne beschlossen wird, fordern wir für eigene Verwertungsmöglichkeiten (Kompostierung) Sonderregelungen. Dazu muss die „Verbringung“ in Kleingärten gehören! Eine generelle Berechnung von „Zwangsentleerungen“ bei Restmüll lehnen wir ab! Wir fordern verursachergerechte Gebühren – d.h. der vorgesehene Grundsatz Gebühren an m² Wohnfläche zu binden, muss fallen. Denn nicht m²

sondern Personen verursachen Abfall! Und nur Personen haben durch ihr Verhalten die Möglichkeit, durch Reduzierung des Abfalls (geht schon beim bewusstem Kauf los) auf die Kosten einzuwirken.

Insgesamt waren die Anwesenden über die fehlende Einbeziehung der Bevölkerung – also der Gebührenzahler empört. Wir fordern öffentliche Ausschussberatungen, denn § 37 Abs. 5 der Sächsischen Landkreisordnung lässt das durchaus zu, da nach § 33 der Grundsatz der Öffentlichkeit nur eingeschränkt werden darf, wenn das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner es erfordern. Wir empfehlen dem Kreistag die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum Verbleib der ursprünglich gebildeten Rücklagen für die Deponiesanierungen. Es sollte auch über ein Bürgerbegehren laut § 21 der Landkreisordnung nachgedacht werden. Aktuell wären dafür ca. 23.300 Unterschriften im gesamten Kreis zu sammeln. Es zeigte sich deutlich: die verfilzte CDU-Politik in Sachsen misachtet die Interessen der Bevölkerung. Ein Politikwechsel ist dringend nötig!

Peter Jattke



Für eure Artikel!

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe

15. Juli 2017

**Sendet uns eure Beiträge an:
redaktion@dielinke-vogtland.de**



MITWIRKUNGSPFLICHTEN FÜR HARTZ IV-BETROFFENE

Aus der Veranstaltung des Sozialforums Göltzschtal am 12. Juni 2017

Der Rechtsbegriff „Mitwirkungspflicht“ kommt in Deutschland im Steuer- und im Sozialrecht vor und dient nach dem Wortlaut des Verwaltungsverfahrensgesetzes allgemein „der Ermittlung eines Sachverhalts“.

Für Bezieher von Arbeitslosengeld II gibt es eine ganze Liste von Pflichten, die einzuhalten sind.

Die Pflicht zur Offenlegung gegenüber dem Jobcenter, wie z.B. das Vorzeigen von Kontoauszügen auf Verlangen, die unaufgeforderte Abgabe der Neben- und Heizkostenabrechnungen sowie selbstverständlich die Meldung jeglicher Einkommen, ist eine davon. Alle Änderungen in den persönlichen Verhältnissen eines jeden Mitgliedes einer Bedarfsgemeinschaft, die für die Leistung zum Lebensunterhalt relevant sein könnten, sind dem Jobcenter unverzüglich mitzuteilen. Auch der Auskunft Dritter ist unter Umständen zuzustimmen.

Zur „allgemeinen Meldepflicht“ eines Hartz IV-Abhängigen zählen das persönliche Erscheinen nach schriftlicher Anordnung, auch zu ärztlichen oder psychologischen Untersuchungen. Bedingung ist, diese Termine müssen dem Zweck der Berufsberatung, der Vermittlung in Arbeit, der Vorbereitung von Eingliederungsmaßnahmen oder Prüfungen und Entscheidungen, die den Leistungsbezug betreffen, dienen.

Dass erwerbsfähige Bezieher von Sozialleistungen an jedem Werktag an ihrer Wohnanschrift durch Briefpost erreichbar sein müssen, ist sinngemäß in der „Erreichbarkeitsanordnung“ erfasst. So ist gewährleistet, dass sie Vorschlägen zur beruflichen Eingliederung zeit- und ortsnahe Folge leisten können.

In der Eingliederungsvereinbarung ist die Bewerbungspflicht festgelegt, die Anzahl der Eigenbemühungen um Ar-

beit in einem bestimmten Zeitraum. Bei Erhalt eines Vermittlungsangebotes vom Jobcenter hat sich der Erwerbssuchende spätestens am dritten Tag danach bei der Firma, die die Arbeitsstelle angeboten hat, schriftlich zu bewerben.

Jede Arbeit ist zumutbar! Sollten Betroffene keine Arbeit oder Maßnah-

telefonische und persönliche Erreichbarkeit in der Wohnung nicht vorgeschrieben.

Mitwirkungspflichten im Sozialrecht – Zwiespalt zwischen Gehorsam und Suche nach existenzsichernder Erwerbsarbeit!

Der Außenstehende wird sich nun vorstellen können, dass bei diesem Umfang an geforderten Aktivitäten und Einschränkungen ganz leicht etwas übersehen werden kann. Im Gegensatz zum Steuerrecht kann die Missachtung der Mitwirkungspflichten im Sozialrecht für den Säumigen bedeuten, dass er unter das festgesetzte Existenzminimum rutscht oder sogar obdachlos werden kann, denn man darf ihm und seiner Familie die Gelder zum Leben teilweise oder ganz und gar streichen.



me annehmen „wollen“ oder können, handelt es sich um sozialwidriges Verhalten, was mit Schadenersatz bestraft werden kann.

Hartz IV-Betroffene bekommen keinen Urlaub, aber sie haben das Recht maximal 21 Kalendertage pro Jahr von ihrem Wohnort abwesend zu sein. Es bedarf der vorherigen Erlaubnis durch die Arbeitsvermittler. Dieser entscheidet darüber.

Jedoch hat die Mitwirkungspflicht ihre Grenzen. Sie muss in einem angemessenen Verhältnis stehen, muss zumutbar sein und darf keine Anwendung finden, wenn sich das Jobcenter die Auskunft über einen Sachverhalt mit einem geringeren Aufwand hätte selbst besorgen können. Keine Mitwirkungspflicht besteht, wenn es sich um Auskunft über ethnische Herkunft, politische Überzeugung, Gewerkschafts- und Parteizugehörigkeit oder Sexualleben handelt. Mündlichen oder telefonischen Einladungen braucht nicht Folge geleistet zu werden. Ebenso sind

Kleine Fehler oder Unachtsamkeiten haben tragische Folgen. Auch das Jobcenter arbeitet nicht fehlerfrei. Sollte eine Streichung der Geldleistung wegen fehlender Mitwirkung angedroht worden sein, dann sind dringend folgende Fragen zu prüfen:

Bestand überhaupt eine Mitwirkungspflicht?

Wurden die Grenzen der Mitwirkung eingehalten?

Wurde dadurch die Aufklärung des Sachverhalts erschwert?

Wurde auf mögliche Versagung oder Entziehung der Leistungen hingewiesen?

Wurde zur Erfüllung der Mitwirkungspflichten eine angemessene Frist gesetzt?

Wurde die Verhältnismäßigkeit gewahrt?

Im Falle, wenn eine oder mehrere dieser Fragen mit „Nein“ beantwortet werden, sind Widerspruch und gegebenenfalls Klage dringend angeraten.

Kathrin Kosche

GENÜGT DER LINKEN EINE "FORTSCHRITTLICHE POLITIK" FÜR REGIERUNGSBETEILIGUNG?

So zitierte die Freie Presse am 6. Juni Dietmar Bartsch: "Wir wollen Regierungsverantwortung übernehmen und einen Politikwechsel einleiten. Bei einem Koalitionsvertrag, der eine 'fortschrittliche Politik' ermögliche, würde die LINKE Schulz zum Kanzler wählen." Aber was ist "fortschrittlich"?

Glücklicherweise betonten Genossinnen und Genossen auf dem Bundesparteitag in Hannover fast unisono hohe und sehr konkrete Hürden für eine Regierungsbeteiligung, und glücklicherweise berichteten das bürgerlichen Medien zumeist auch so konkret. Insgesamt übermittelten sie auch damit ein recht positives Bild vom Programmparteitag der LINKEN. Das war bei weitem nicht immer so. Zu befürchten war, dass wieder einmal das Bild einer zerrissenen Partei gezeichnet würde, die in ihrem derzeitigen Zustand eigentlich nicht wählbar sei. Immerhin dominierte die Frage "regieren oder opponieren" weitgehend die Diskussion in Vorbereitung des Parteitages mit Leidenschaft auf beiden Seiten, nachdem insbesondere in der SPD vor einiger Zeit Stimmen laut geworden waren, die eine Koalition Rot-Rot-Grün sogar auf Bundesebene für diskutabel hielten.

Allerdings verstummten diese Stimmen weitgehend insbesondere nach der Landtagswahl im Saarland, bei der die SPD ihr Wahlziel nicht erreichte und als Ursache ihre Werbung für eine Koalition mit Grünen und LINKEN vermutete. Prompt verkündete die SPD-Vorsitzende von Nordrhein-Westfalen, nach der Landtagswahl in NRW keine Koalition mit der LINKEN zu bilden, falls die den Sprung in den Landtag schafft.

Nach aktuellen Umfragen ist Rot-Rot-Grün insbesondere durch Stimmenverluste der SPD weit von einer Regierungsmehrheit im Bund entfernt, zudem schließen Politiker von SPD und Grünen gegenwärtig zunehmend eine Koalition mit der LINKEN aus. Ist es in dieser Situation überhaupt noch politisch vertretbar, für eine rot-rot-grüne Bundesregierung zu werben? Der "Tagesspiegel" gibt die Meinung

von Sahra Wagenknecht wieder: Im privaten wie im politischen Leben sei es nicht ratsam, jemanden als Partner zu umwerben, der erkennbar gar kein Interesse an einer Partnerschaft zeige. Stalking sei nicht ihre Sache (siehe Freie Presse vom 6. Juni 2017). Dem stimme ich ausdrücklich zu.

Ich halte es aber für unbedingt erforderlich, auch auf folgende Meinung zu reagieren: Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Thomas Oppermann äußerte am Vorabend des Bundesparteitages der LINKEN im Interview für den Deutschlandfunk die Meinung, dass DIE LINKE in Wirklichkeit im Bund gar nicht mitregieren wolle. Sie wolle und werde so nie in die Situation kommen, ihre Forderungen in der Realität umzusetzen. Das ist die Unterstellung, DIE LINKE sei nicht glaubwürdig! Deswegen war der Tenor des Bundesparteitages wichtig: Wir sind bereit zum Mitregieren, aber nur unter genau definierten Bedingungen. Natürlich sind im Koalitionsvertrag Kompromisse aller Beteiligten nötig, aber für alle Beteiligten gibt es auch "Haltelinien"! Und die sind für die LINKEN vor allem die Einleitung eines wirklichen Politikwechsels: die Umverteilung von Einkommen und Vermögen von oben nach unten, die Erhöhung des Mindestlohns auf existenzsichernde Höhe, eine arbeitsrechtliche Reform, eine sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz IV, der Verzicht auf Kampfeinsätze der Bundeswehr. "Regierungsbeteiligungen sind nur sinnvoll, wenn sie ... einen sozial-ökologischen Richtungswechsel einleiten", heißt es dazu in unserem Parteiprogramm. Die Frage, unter welchen Bedingungen wir zum Mitregieren im Bund bereit wären, darf dabei nicht erst nach der Wahl entschieden werden, wie Dietmar Bartsch das auf dem Bundesparteitag gefordert hat. Wir können nur erfolgreich Wähler werben, wenn wir ihnen erklären, was sie wählen, wenn sie sich für DIE LINKE entscheiden.

Dr. Dorothea Wolff

NEUES VON DAR META

Ne Donnerstooch war Himmelfahrt und de Mannsbilder von dar Neideiteln un dar Meta sei scha frieh bezeitn wie jedes Goahr miet iehren Stammtischkumpanen zur Himmelfahrts-Sauftour losgezooog Do sei unere zwee Weible nei ne Falknstaaner Zoo spaziern gange. Weil kaa Schul war, hott de Meta iehn klaan Enkel, ne Paul mietgenomme. Der gett su gern nei ne Tiergarten un is ganz varriekt drauf, de klaan Ent'n- un Gänszieble miet Semmelbräckle un Sonneblumekerner zu fittern.

„Was is denn in Plaue miet eiern scheen Freibad in Haselbrunn los?“, froocht de Meta „lech hoo e Bild in dar FP geseh', dar aanzsche der geschwomme is, woar e Enterich?“

Drauf de Neideiteln: „Dess is jeds Goahr desselbe; wens los geh soll fehlt' Badepersonal. Rettungsschwimmer, Gebäudereiniger un Leit fiehr de Gastronomie. Die suung se ieber Anzeig im Internet. lech frooch miech wie viel des leesn! De zuständischen Rathausbeamt'n hätt'n scha im Winter iebers Arbeitsamt drumm kimmern missen. Unter denn vielen Arbeitslosen, die mar leider ham, missen doch geeichnete Leit ze finne sei, fier die es Arbeitsamt en Rettungsschwimmerlehrgang organisiert. Des wär netischer un gescheiter, als wenn se 60-jährische Mauer un Weberinnen zu sinnlosen Lehrgäng schicken, wo se lerne selln, wie mar e Bewerbung schrabbt!“

De Meta maant: „Fier de Imbissbuden braung se aa kann 5-Sterne-Koch, des kaa jede arbeitslose Verkäuferin oder Kellnerin mach'n un en hoochtrabenden Gebäudereinischer braung se aan et. Fiers Umkleidekabinen scheiern un Müll zamleesen werd's aa Leit gehm, die siech e Zubrot verdiene wolln. Die zuständischen Beamten im Arbeitsamt missn bloss iehn Arsch heem un siech woas eifalln lessen. Die ham doch iehn Nischl net bloss zem Haarschneiden!“

Dieter Riedler

AUF NACH BERLIN ZUR FIESTA DE SOLIDARIDAD

Am 22. Juli 2017 feiert die AG Cuba Sí wieder ihre traditionelle "Fiesta de Solidaridad" in Berlin.

Größer, bunter und vielfältiger wird die "Fiesta de Solidaridad" in der Lichtenberger Parkaue in diesem Jahr werden. Das große Solidaritätsfest, organisiert von der AG Cuba Sí, ist über die Jahre zu einem Treffen der Soligruppen und Kubafreunde aus der gesamten Bundesrepublik geworden. Neu in diesem Jahr ist das "Internationales Dorf", in dem sich die ALBA-Staaten vorstellen und die europäischen Solidaritätsgruppen ihre Projekte präsentieren. Ebenfalls neu ist eine zweite Bühne, die vor allem für Junge und Junggebliebene Anziehungspunkt sein soll. Hier berichten u.a. Studierende über ihr Semester an der Technischen Universität in Havana (CUJAE). Den ganzen Tag wird es auf der Fiesta Vorträge, Ausstellungen, Diskussionen und natürlich jede Menge Musik geben. Live dabei sind u.a. Damion Davis, Tapete, Boxi Total, Calum Baird (Schottland), DJ Usnavi - und am Abend spielen Conexión und Banda Bassotti (Italien). Bei der Soli-Tombola kann man mit etwas Glück wieder einen Flug nach Kuba gewinnen. Nos vemos - wir sehen uns in Berlin zur Fiesta de Solidaridad!

Fiesta de Solidaridad

1. Juli 2017, 14 - 22 Uhr

Parkaue Berlin-Lichtenberg

Wer die Fiesta unterstützen möchte, kann für 5 Euro unseren Solibutton kaufen.



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

Unter www.dielinke-vogtland.de/presse finden Sie den jeweilig vorgesehenen Erscheinungstag des **Vogtlandboten**. Ebenso eine digitale Ausgabe. So können Sie sich aktuell und als Erste informieren!

Hier können Sie auch vorhergehende Ausgaben nachlesen!

Bedenken Sie bitte, dass sowohl die Erstellung als auch die Verteilung der Papierausgabe nur durch ehrenamtliche Helfer erfolgen. Somit kann sich eine Zustellung in Ihrem Briefkasten auch mal etwas verzögern. Und – die Druckausgabe könnten Sie dann auch Nachbarn oder Bekannten weitergeben!

DIE HÄLFTE ZAHLT DAS FINANZAMT

Steuerliche Abzugsfähigkeit von Spenden

Nach dem Einkommensteuergesetz (EStG) sind Zuwendungen von natürlichen Personen (Spenden, Mandatsträger- und Mitgliedsbeiträge) an politische Parteien wie folgt steuerlich abzugsfähig:

Zuwendungen bis zu einer Höhe von 1.650,- €, bei zusammen veranlagten Ehegatten 3.300,- € jährlich, werden nach dem EStG § 34 g berücksichtigt, indem 50% des zugewendeten Betrages, d.h. max. 825,- € bzw. 1.650,- €, von der Steuer-schuld abgezogen werden.

Außerdem sind Zuwendungen an politische Parteien bis zu einer Höhe von 1.650,- € bzw. 3.300,- € nach dem EStG § 10 b Absatz 2 steuerlich abzugsfähig. Sie können als Sonderausgaben geltend gemacht werden, soweit für sie nicht eine Steuerermäßigung nach § 34 g gewährt worden ist.

Quelle: die-linke.de

WIR GRATULIEREN

allen Leserinnen und Lesern, die ihren Geburtstag feiern können. Besondere Grüße gehen an die Jubilare die über 80 Jahre jung werden:

H. Becher	Reichenbach	17.7.
H. Gerber	Klingenthal	21.7.
W. Bille	Plauen	25.7.
H. Rennwanz	Plauen	26.7.
K. Döhler	Plauen	31.7.
H. Gabler	Greiz	03.8.
H. Möckel	Auerbach	03.8.
H. Kupfer	Plauen	05.8.
F. Claus	Treuen	08.8.

Wir wünschen Glück, Gesundheit und viel Kraft für das neue Lebensjahr.

Der Vogtlandbote

INTERESSANT?!

Alle anderen Parteien erhalten Spenden von Banken, Konzernen und Lobbyverbänden. Nur DIE LINKE nicht, denn wir sind nicht käuflich. Um so dringender brauchen wir Ihre Spenden für den Wahlkampf."
Sahra Wagenknecht

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE, erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; Tel.: 03741/201695, E-Mail: redaktion@dielinke-vogtland.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 14.06.2017, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 15.07.2017. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.